

BILDUNGSDEPARTEMENT DES KANTONS ST.GALLEN

Jahresversammlung des Verbandes der Kindergartenlehrkräfte des Kantons St.Gallen
KKgK vom Samstag, 14. August 2010, 08.30 Uhr im Fürstenlandsaal Gossau

Aktuelles aus dem Bildungsdepartement

Von Regierungsrat Stefan Kölliker, Vorsteher des St.Galler Bildungsdepartementes

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT

Sehr geehrter Frau Präsidentin
Geschätzte Lehrpersonen des Kindergartens
Liebe Gäste

Herzlichen Dank für die Einladung zu Ihrem Konvent. Ich freue mich, dass ich heute erneut zu Ihnen sprechen darf und Sie über Aktuelles aus der Regierung, dem Erziehungsrat und dem Bildungsdepartement informieren kann. Ich überbringe Ihnen die Grüsse aus der Regierung und aus dem Erziehungsrat. Ich kann Ihnen versichern, dass Ihre Arbeit zum Wohl der Kinder sehr geschätzt wird.

Ein besonderer Gruss gilt Ihrer neuen Präsidentin, Frau Esther Köppel-Rohrer, welche heute ihre erste Versammlung leitet. Ich wünsche ihr viel Erfolg in ihrer neuen Tätigkeit. Soweit es meine Agenda erlaubt habe ich mir vorgenommen, an möglichst jedem Konvent teilzunehmen. An diesen Konventen komme ich mit einigen von Ihnen in Kontakt und höre auch, was Sie im Moment am Meisten beschäftigt. Dieser direkte Kontakt zu Ihnen, liebe Lehrpersonen, ist mir ein zentrales Anliegen. Denn das Wichtigste in der Bildung findet in den Kindergärten und Schulstuben statt, im direkten Kontakt zwischen den Lehrpersonen und den Schülerinnen und Schülern.

Die Zeit, die mir Ihr Verband für mein Referat eingeräumt hat, reicht nur um einige wenige, für Sie wichtige Punkte zu streifen.

Zur Stärkung der Stellung der Lehrpersonen

Anlässlich Ihrer letzten Konventsversammlung vor einem Jahr habe ich Sie informiert, dass ich zusammen mit dem Erziehungsrat der Stellung der Lehrpersonen als Vorbilder, die Massstäbe setzen, und deshalb Beachtung und Respekt verdienen, ein besonderes Augenmerk schenken will. Ich möchte Ihnen heute darlegen, in welche Richtung unsere Überlegungen gehen. Vorab möchte ich festhalten, dass wir nicht von heute auf morgen einen Schalter drehen können und die Lehrpersonen sind gestärkt. Daher möchte ich heute nochmals klarstellen: Dies ist ein längerer Prozess, in dem wir alle gefordert sind – nicht nur ich, das Bildungsdepartement oder der Erziehungsrat,

sondern auch Sie, die Lehrpersonen und weitere Personen im Bildungsbereich. Wir alle sind gefordert.

Um eine Vernetzung zu erreichen und damit nicht verschiedene Gruppierungen selber etwas in diesem Bereich unternehmen, habe ich die Arbeitsgruppe "**Wandel und Zukunft des Lehrberufs im Kanton St.Gallen**" ins Leben gerufen. In dieser Arbeitsgruppe nehmen je zwei Delegierte vom KLV, SGV, Erziehungsrat, PHSG sowie Mitarbeitende des Bildungsdepartementes Einsitz. Wir wollen in dieser Arbeitsgruppe, die von mir persönlich geleitet wird, die Diskussion zur Stärkung der Lehrpersonen sowie zum Wandel dieses Berufsbildes führen und Lösungsvorschläge erarbeiten. Zudem macht **sie** sich auch Gedanken zu Fragen wie Steigerung der Attraktivität des Berufes, Positionierung in der Gesellschaft, Aufgaben und Herausforderungen der Lehrpersonen im Umfeld "Schüler-Eltern-Schulleitung-Schulrat", Geschlechterverteilung, Laufbahngestaltung, Weiterbildung, Belastungen und Entlastungsmassnahmen.

Die Arbeitsgruppe hat die Arbeit aufgenommen und eine Auslegeordnung gemacht. Wir möchten nun unsere Auslegeordnung "von der Basis aus" spiegeln. Es ist mir und der Arbeitsgruppe ein Anliegen, Ihre Meinung dazu kennen zu lernen. Wo drückt Sie der Schuh? Wo sehen Sie den grössten Handlungsbedarf? Dabei ist wichtig zu unterscheiden, was ist wünschbar, was ist machbar und was ist wirklich dringend. Antworten auf diese Fragen möchten wir von Ihnen in einer Online-Umfrage erfahren. Da die Umfrage seit gestern online ist und wir dies gestern auch mit einer Medienmitteilung kommuniziert haben, möchte ich Sie heute ganz speziell darauf hinweisen. Weitere Informationen finden Sie zudem am nächsten Montag im Amtlichen Schulblatt.

Die Umfrage können Sie bis am 10. September 2010 unter www.schule.sg.ch ausfüllen. Sie können das auch anonym machen. Ich möchte Sie heute dazu aufrufen, an dieser Umfrage teilzunehmen – geben Sie diese Information zudem auch Ihren Kolleginnen und Kollegen weiter – je mehr mitmachen, umso repräsentativer ist die Umfrage und das Resultat. Wir werden die Umfrage im September auswerten, Ende Oktober in der Arbeitsgruppe diskutieren und Sie anschliessend über die Resultate informieren.

Im Zusammenhang, aber auch in Abgrenzung zu meiner Arbeitsgruppe steht die Überarbeitung des Berufsauftrages. Bereits seit einigen Monaten erarbeitet eine Spurgruppe im Auftrag des Erziehungsrates eine Auslegeordnung für die Überarbeitung des Berufsauftrages für Volksschullehrpersonen. Von Seiten der Lehrerinnen- und Lehrerverbände besteht das Begehren, den Berufsauftrag anzupassen. Der Erziehungsrat wird in Kürze entscheiden, wie es weitergehen soll. Natürlich muss die Überarbeitung des Berufsauftrages mit meiner Arbeitsgruppe "Wandel und Zukunft des Lehrberufes" koordiniert sein.

Bei der Überarbeitung des Berufsauftrages geht es primär um die Forderung, wie die in den letzten Jahren neu dazugekommene Aufgaben zu kompensieren und das Pflichtpensum entsprechend anzupassen sei. Grundsätzlich ist eine Reduktion der Arbeitszeit nur auf zwei Wegen erreichbar: Eine Arbeitszeitreduktion könnte durch Reduktion der

Unterrichtszeit - auch für die Schülerinnen und Schüler - erfolgen. Diese Lösung birgt das Risiko, dass sie mit einem Qualitätsabbau verbunden sein kann. Bleibt die Unterrichtszeit unverändert, so führt eine Pensenreduktion zu entsprechenden Mehrkosten. Bei der angespannten finanziellen Lage von Kanton und Gemeinden in den nächsten Jahren wäre eine solche Lösung kaum mehrheitsfähig.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch zur Lehrerinnen- und Lehrersituation äussern: Das Schlagwort "Lehrermangel" hat in den letzten Monaten in den nationalen Medien grosse Aufmerksamkeit erlangt. Einige Kantone haben sogenannte Sofortmassnahmen ergriffen. Immer wieder wurden Beispiele genannt und Befürchtungen geäussert. Wir haben in dieser Hysterie nicht mitgemacht. Dies jedoch aus wohl überlegten Gründen:

Im Kanton St.Gallen zeigt sich kein so düsteres Bild wie in anderen Kantonen. Wir stehen besser da. Wir haben in den letzten Monaten jedoch verschiedene Erhebungen erstellt und auch zwei Umfragen bei den Schulgemeinden durchgeführt, wie die Lehrersituation aussieht.

Aufgrund dieser Untersuchungen und Erhebungen des Amtes für Volksschule zeigt sich, dass heute im Kanton St.Gallen auf der Primarstufe und im Kindergarten fast alle Stellen von qualifiziertem Personal besetzt sind. Es gibt zudem ein genügend grosses Angebot an ausgebildeten Lehrpersonen. Die Oberstufe zeigt sich in einem etwas anderen Licht. Nach wie vor besteht ein Mangel insbesondere an qualifizierten Reallehrpersonen. Bei den Fachlehrpersonen im musischen und handwerklichen Bereich der Oberstufe ist die Situation aktuell nicht prekär; nur wenige Stellen sind durch Nichtqualifizierte besetzt.

Eine letzte Umfrage kurz vor den Sommerferien hat gezeigt, dass für das neue Schuljahr praktisch alle, nämlich 99.8 Prozent aller Stellen besetzt sind. Noch offen sind nur einige wenige Teilpensen. Es ist mir bewusst, dass dies eine Momentaufnahme ist und wir das Thema weiterhin genau beobachten müssen und Prognosen anstellen werden. Wir stehen hier auch in enger Absprache und Zusammenarbeit mit der PHSG. So haben wir auch mit der PHSG eine Lösung gefunden, damit der Fakt, dass im Sommer 2011 keine Oberstufenlehrpersonen an der PHSG abschliessen, mit einer flexiblen Lösung kompensiert werden kann. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das Thema sehr ernst nehmen und uns bewusst sind, dass auch im Kanton St.Gallen in den nächsten Jahren sehr viele Lehrkräfte pensioniert werden.

Zu weiteren Themen

Ich mache Ihnen im Folgenden zu drei für Sie wichtigen Arbeiten im Bereich der Volksschule einige Erläuterungen. Zum Schluss folgen einige Gedanken zur finanziellen Lage des Kantons. Vertiefte Informationen zu den einzelnen Projekten finden Sie auf unserer Website.

Zum X. Nachtrag zum Volksschulgesetz und Fremdsprachenkonzept; Vollzugshilfen

Die Einführung von Blockzeiten und Englischunterricht erfordert von den Schulen erhöhte Anstrengungen sowohl in organisatorischen wie auch pädagogischen Belangen. Verbände weisen auf Probleme im organisatorischen und im pädagogischen Bereich hin, die angegangen werden müssen. Dazu gehören anspruchsvolle Klassenführung im Kindergarten, eine erhöhte Anzahl Lehrpersonen durch Teamteaching und Musikalische Grundschule sowie Stundenplangestaltung.

Der Erziehungsrat hat die Problematik erkannt, und dem Amt für Volksschule den Auftrag erteilt, in einem amtsinternen Nachfolgeprojekt die offenen Fragen im Zusammenhang mit den Blockzeiten und dem Fremdsprachenunterricht in der Primarschule anzugehen. Der Schulträgerverband und die Lehrerorganisationen aber auch Ihr Konvent sind ebenfalls involviert.

In einer ersten Phase werden die Probleme konkretisiert und erhärtet sowie Ziele und Massnahmen vorgeschlagen. Ad hoc zusammengesetzte Arbeitsgruppen mit Personen aus der Praxis, welche eng mit den Themen verbunden sind, bearbeiten die Ziele und erarbeiten die jeweiligen Massnahmen in Form von Rahmenbedingungen, Empfehlungen und Handreichungen. Diese werden den Sozialpartnern und den Organen der Mitsprache zur Stellungnahme vorgelegt. Die überarbeiteten Grundlagen werden dem Erziehungsrat zur Genehmigung, allenfalls zum Erlass vorgelegt.

An dieser Stelle möchte ich gerne noch etwas zum Thema Unterrichtsassistenz sagen. Ich habe dieses Thema bereits an Konventen im Frühjahr aufgebracht – teilweise auch im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Berufsauftrages. Als ich dies erwähnt habe, ging ein Raunen durch ihre Reihen. Daher möchte ich Ihnen dies hier nochmals präzisieren – zum einen, um Missverständnisse zu verhindern, aber auch um Sie zu überzeugen, dass daran doch etwas "Gutes" sein könnte.

Die Möglichkeit einer Unterrichtsassistenz für Lehrpersonen sehe ich ganz klar auf freiwilliger Basis. Die Lehrpersonen, die gerne eine solche Unterstützung möchten, sollten die Möglichkeit haben, diese anzufordern. Wer dies nicht will, soll davon absehen. Ich bin überzeugt, dass gerade in Ihren Reihen - also im Kindergarten - ein Bedürfnis besteht, teilweise während den Blockzeiten eine zweite Person Aufsichts- und Betreuungsaufgaben zu haben, die gewisse Aufgaben übernehmen kann und dadurch die Klassenlehrperson entlastet. Auch in der Primarschule könnte eine solche Person Unterstützung bringen.

Weiteres Vorgehen betreffend Basisstufe

Der Erziehungsrat des Kantons St.Gallen hat sich mit den Ergebnissen der Schulversuche zur Basisstufe im Kanton St.Gallen intensiv auseinandergesetzt. Er hat zu einer ersten Entscheidungsfindung im November des letzten Jahres den Abschlussbericht

der St.Galler Schulversuche, den Zwischenbericht der EDK-Ost sowie die Kostenberechnungen des Amtes für Volksschule in Erwägung gezogen. Trotz pädagogisch mehrheitlich positiven Ergebnissen hat der Erziehungsrat beschlossen, auf eine flächendeckende Umsetzung im Kanton St.Gallen zu verzichten. Der mit der Einführung der Basisstufe verbundene Mehraufwand von je nach Modell 24 bis 33 Millionen Franken jährlich lässt sich zu wenig rechtfertigen.

Aus dieser Entscheidung lässt sich jedoch nicht ableiten, dass die Basisstufe künftig nicht umgesetzt werden soll. Der Erziehungsrat sieht jedoch davon ab, die Gemeinden zu verpflichten, eine Basisstufe obligatorisch einzuführen. Ein solcher Entscheid wäre bei den Gemeinden, aber auch bei vielen Lehrpersonen, sicher nicht mehrheitsfähig.

Im Juni 2010 ist der Abschlussbericht der EDK-Ost zum Projekt Basisstufe erschienen. Die Ergebnisse der Schulversuche in den verschiedenen Kantonen decken sich mit denjenigen des Kantons St.Gallen. Insbesondere zeigen die Ergebnisse aus den Evaluationsstudien eben auch auf, dass das herkömmliche Modell des Kindergartens, welcher sich in den letzten Jahren weiterentwickelt hat, sehr gute und gleichwertige Ergebnisse erzielt wie die Basisstufe. Noch offen sind die letzten Ergebnisse der Evaluationen. Wir sehen als einen nächsten Schritt, eine kantonsinterne Vernehmlassung vor. Der Erziehungsrat wird im September über diesen Schritt befinden. Sie werden anschliessend dazu eingeladen, Ihre Meinung abzugeben. Gerade Ihre Stufe ist an dieser Vernehmlassung sicher ganz besonders interessiert.

Wir werden nun selber weitere Modelle, welche einen flexiblen Übergang ermöglichen, in die Evaluation für eine zukünftige Eingangsstufe einbeziehen. Im Vordergrund stehen dabei Alternativen zu den Einführungsklassen, wie sie an verschiedenen Orten erprobt werden oder bereits umgesetzt sind. Zu prüfen ist, ob bereits bestehende oder alternative Formen vergleichbar positive Auswirkungen zeigen wie die Basisstufe, aber mit einem geringeren finanziellen und organisatorischen Aufwand umsetzbar sind.

Zum Projekt Sonderpädagogik

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen führte im Bereich der Sonderschulung für Kinder mit Behinderung zu einschneidenden Veränderungen. Seit dem 1. Januar 2008 sind ausschliesslich die Kantone für die Führung und Finanzierung zuständig. Somit wurde die Sonderschulung auch im Kanton St.Gallen noch stärker als bisher zu einem festen Bestandteil des öffentlichen Bildungsauftrags.

Die anstehenden Fragen im Zusammenhang mit diesen Veränderungen gelangen im Projekt Sonderpädagogik-Konzept zur Bearbeitung – ich habe darüber in der Vergangenheit bereits berichtet. Die Grundlage für das Sonderpädagogik-Konzept wird eine Änderung des Volksschulgesetzes bilden. Diese wird bereits in diesem Herbst von der

Regierung in eine Vernehmlassung gegeben werden. Ich bitte Sie, sich dann diesem Thema intensiv anzunehmen und Ihre Meinung kundzutun.

Daneben führen wir die Erprobung der Beschulung von Kindern mit einer Behinderung in der Regelschule, welche seit einem Jahr läuft, weiter. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Zurzeit besuchen ca. 2.5% der Schülerinnen und Schüler eine Sonderschule. 200 Kinder mit einer Körperbehinderung oder einer Sinnesbehinderung werden bereits jetzt in Regelklassen beschult und durch ambulante behinderungsspezifische Dienste unterstützt. Bei der Integration von Kindern mit einer Behinderung in die Regelschule werden wir jedoch Zurückhaltung üben.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einige Ausführungen zur finanziellen Situation des Kantons:

Die finanzielle Lage des Kantons St.Gallen ist in den nächsten Jahren angespannt. Davon hat auch der Kantonsrat bei der Beratung des Finanzplans 2011 – 2013 mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Im 2011 muss der Kanton gemäss Finanzplan über 70 Millionen Franken einsparen. Dies zwingt die Regierung zu Sparmassnahmen und Priorisierung. Diese werden auch vor der Bildung nicht halt machen.

Mir ist es jedoch wichtig und ich werde mich persönlich stark dafür einsetzen, dass die Bildung nicht Opfer von kurzfristigen Sparmassnahmen wird. Sparen durch vermehrtes Auspressen der Zitrone oder durch Übertragung von zusätzlichen Aufgaben an das bestehende Personal geht aus meiner Sicht auch nur beschränkt. Echte Sparmassnahmen sind nur durch Leistungsabbau oder durch eine Verzichtsplannung möglich. Bildungsdepartement und Regierung werden verschiedene Szenarien durchspielen, wir sind hier im Moment intensiv an der Arbeit. Wieweit die Volksschule von Sparübungen betroffen sein wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch völlig offen.

Ich komme nun zum Schluss meiner Ausführungen.

Schliessen möchte ich mit einem Dank. Im Namen von Regierung und Erziehungsrat möchte ich Ihnen von Herzen danken für Ihre Tätigkeit. Sie als Kindergärtnerinnen und Lehrpersonen sind massgeblich zuständig und verantwortlich für die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen. Bei dieser wichtigen Aufgabe wünsche ich Ihnen viel Freude aber auch viel Kraft, Widrigkeiten zu bestehen. Ich versichere Ihnen, dass wir Sie dabei so weit wie möglich unterstützen.

Ich wünsche Ihnen noch eine erfolgreiche Tagung.